

Keine Lizenzierungspflicht für lineare audiovisuelle Mediendienste mit weniger als 10.000 potenziellen Nutzern

Beschluss des Deutschlandtages vom 19. bis 21. September 2014 in Inzell

Die Junge Union fordert von den Bundesländern eine Änderung der bisherigen Lizenzierungspflicht für den Rundfunk. Ob eine tatsächliche Lizenzierungspflicht einzelner audiovisueller Inhalte überhaupt besteht, ist selbst für Experten zunehmend schwer zu beantworten. Insbesondere bei Formaten, die über das Internet verbreitet werden, entstehen Schwierigkeiten bei der Zuordnung, ob eine eigene Rundfunklizenz beantragt werden muss. Deshalb fordert die Junge Union für lineare audiovisuelle Mediendienste, die über Internet-Protokoll verbreitet werden, die Änderung in eine qualifizierte Anzeigepflicht. Wie bereits bei Webradios soll das Anzeigeverfahren eine einfache und unbürokratische Anmeldung bei der jeweiligen Landesmedienanstalt sein. Richtet sich das Angebot an weniger als 10.000 potenzielle Nutzer gleichzeitig, so ist eine Anzeige freiwillig. Wird dieser Wert überschritten, so ist die Anzeige verpflichtend.